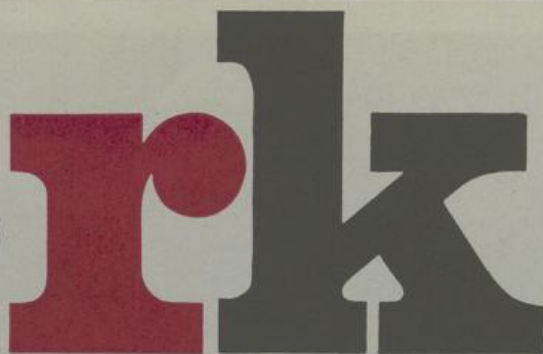


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 26. April 1985

Blatt 998

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Hatzl: Gas- und Stromabrechnung ist
ausgesendet: konsumentenfreundlich
(grau)

Politik: Wien präsentiert ersten Club of Rome-Bericht
(rosa)

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat

Lokal: Mißverständnis bei der Schulnoten-Diskussion
(orange)

Kultur: Silbernes Ehrenzeichen für Prof. Londero
(gelb) 100.000 Besucher bei "Traum und Wirklichkeit"
"Literatur für junge Leser" im Palais Auersperg

.....
Bereits am 25. April 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hatzl: Gas- und Stromabrechnung ist konsumentenfreundlich

=++++

12 Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Als äußerst irreführend bezeichnete Energiestadtrat Johann HATZL eine Aussendung der öVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS, die das Strom- und Gasabrechnungssystem der Wiener Stadtwerke als konsumentenfeindlich bezeichnet. Eine Umstellung auf monatliche Abrechnung würde eine Verdoppelung des Personals und damit Mehrkosten von rund hundert Millionen Schilling im Jahr bewirken, die von den Konsumenten über den Strompreis aufgebracht werden müßten, sagte Hatzl. Das wäre in Wirklichkeit eine unsoziale Maßnahme.

Selbstverständlich gibt es für die sozial schwachen Energiekonsumenten jederzeit die Möglichkeit, sich mit den Stadtwerken auf Ratenzahlungen zu einigen. Der Großteil der Energiekonsumenten, die ihre Teilbeträge regelmäßig bezahlen, würde aber kein Verständnis dafür aufbringen, wenn man diese für echte soziale Notfälle gedachte Möglichkeit allgemein propagieren würde, stellte Hatzl fest.

Als vollkommen unverständlich bezeichnete Hatzl die Tatsache, daß eine Wiener Stadträtin die Teilzahlungen an die Stadtwerke "ungeheure Vorauszahlungen" nenne. Jeder Konsument wisse, daß mit den fünfmal im Jahr zu begleichenden Abschlagszahlungen nur die bereits von den Stadtwerken gelieferte Energie bezahlt werde. Stadtrat Hampel-Fuchs hätte, schloß Hatzl, da sie ja an der von ihr angesprochenen Ausschußsitzung gar nicht teilgenommen hat, sich wenigstens von ihren im Energieausschuß vertretenen Fraktionskollegen die Tatsachen erklären lassen sollen, bevor sie eine derart irreführende Pressemeldung verfaßt. (Schluß) roh/bs

NNNN

Silbernes Ehrenzeichen für Prof. Londero

=++++

2 Wien, 26.4. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Donnerstag dem Leiter des italienischen Kulturinstitutes in Österreich, Prof. Dr. Bruno LONDERO, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Prof. Londero, der früher Kulturattache der italienischen Botschaft war, hat sich in beiden Funktionen große Verdienste um die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich erworben. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wien präsentiert ersten Club of Rome-Bericht

=++++

3 Wien, 26.4. (RK-POLITIK) Am Donnerstag, dem 2. Mai wird um 11 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses in Anwesenheit des Präsidenten des Club of Rome, Prof. Dr. Alexander KING sowie seiner Eminenz Erzbischof Kardinal DDr. Franz KÖNIG der erste Bericht des Club of Rome mit dem Titel "Wohin führt der Weg?", verfaßt von Adam SCHAFF, präsentiert. Damit möchte die Stadt Wien, wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK der RATHAUSKORRESPONDENZ gegenüber feststellte, einen neuen Weg einschlagen. Immer mehr muß Politik durch eine leider kurzatmige und immer weniger langfristige Entwicklung der Dinge zu einem Krisenmanagement werden, weil zukunftsweisende Faktoren der Politik, in die Entwicklung der Gesellschaft eingebettet, ihre eigene Dynamik entfalten. Gerade die Entwicklung einer Stadt aber muß Dimensionen haben, die weit über das Jahr 2000 hinausgehen. Es ist daher für eine moderne, lebendige Stadt unerläßlich, sich ein Zukunftsszenarium zu schaffen, das sich mit Politik auseinandersetzt. Die Möglichkeiten der Vereinigten Staaten, wo es eigene "think-tanks" (Zukunftsfabriken) gibt, in denen sich Wissenschaftler mit Zukunftsmodellen beschäftigen, sind in Österreich nur bedingt vorhanden. Deshalb hat Bürgermeister Dr. Zilk dem neuen Präsidenten des Club of Rome, Prof. Dr. Alexander King, beispielhaft für ein eigenständiges Österreich, eine langfristige Zusammenarbeit auf vielen für die Zukunft richtungsweisenden Bereichen wie Gesellschaft, Ökonomie oder soziale Fragen angeboten. Als Ergebnis dieses Angebots wird neben der Präsentation des ersten Berichtes, die am Vormittag in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Kardinal DDr. Franz KÖNIG und dem Generaldirektor der Zentralsparkasse, Dr. Karl VAK, stattfindet, um 15 Uhr eine Podiumsdiskussion mit dem Autor Prof. Dr. Adam SCHAFF abgehalten. Unter der Leitung von Fernsehintendant Franz KREUZER werden diskutieren: Der Leiter der Abteilung Communications Policy der OECD in Paris, Hans Peter GASSMANN; Hans QUEISSER vom Max Plank Institut in Stuttgart; die Systemanalytiker Peter FLEISSNER von der Akademie der Wissenschaften in Wien und Peter MENKE-GLÜCKERT aus Bonn sowie Univ.-Prof DDr. Alfred KLOSE als maßgeblicher Mitarbeiter der Bundeswirtschaftskammer und der Leiter des Forschungszentrums in Seibersdorf, Helmut DETTER.

Beide Veranstaltungen sind öffentlich zugänglich. (Schluß)

rö/bs

100.000 Besucher bei "Traum und Wirklichkeit"

=++++

4 Wien, 26.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA konnte am Donnerstag nachmittag bereits den 100.000sten Besucher in der Ausstellung "Traum und Wirklichkeit" im Wiener Künstlerhaus begrüßen. Dr. Oswald KURZEL-RUNTSCHNEIDER, der die Ausstellung mit seiner Frau bereits vorher mehrmals besucht hatte, erhielt als "Jubiläumsbesucher" unter anderem den Katalog der Ausstellung.

Ebenso wie der Besuch der Ausstellung übertrifft auch der Verkauf des Katalogs alle Erwartungen. Bis jetzt wurden rund 10.000 Kataloge verkauft. Ein Detail am Rande: Bei einem Einzelgewicht von 2,2 kg entspricht das einem Gesamtgewicht von 22 Tonnen. (Schluß)
gab/gg

NNNN

Mißverständnis bei der Schulnotendiskussion

Utl.: Problem soll im Konsens kindergerecht gelöst werden

=++++

7 #Wien, 26.4. (RK-LOKAL) Vor Mißverständnissen, die zur parteipolitischen Frontenbildung führen, warnte Psychiater Dr. Stephan RUDAS in der laufenden Schulnotendiskussion. Wie er gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, gehe es bei dieser Diskussion lediglich um die Noten der beiden ersten Volksschulklassen und um die unbestrittene Tatsache, daß sechs- bis achtjährige Kinder unterschiedlich rasch den Einstieg in ein Leistungs- und Wettbewerbssystem finden.#

Nicht die generelle Abschaffung der Noten bzw. die Leistungsbeurteilung steht bei den Experten zur Debatte, sagte Chefarzt Dr. Rudas, sondern nur der geeignete Beginn. Es geht nicht darum ob, sondern wann und wie unsere Kinder in unsere Leistungsgesellschaft integriert werden.

Wie Untersuchungen gezeigt haben, geben bereits 15 Prozent der Eltern in der BRD ihren Schulkindern regelmäßig Psychopharmaka zur Leistungs- und Konzentrationsförderung. Diese Zahlen sind vermutlich auch für Österreich anzunehmen. Ein kindergerechter Einstieg mit individueller Förderung sollte sachlich und ohne Frontenbildung diskutiert werden. Auch die zahlreichen Schülerelbstmorde zeigen die Wichtigkeit eines geeigneten und behutsamen Einstieges, sagte Dr.Rudas. (Schluß) zi/bs

NNNN

"Literatur für junge Leser" im Palais Auersperg

=++++

11 #Wien, 26.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Palais Auersperg findet vom 26. April bis 3. Mai die Jugendliteraturwoche "Literatur für junge Leser" statt, die heuer unter dem Motto "Es war einmal..." steht. Im Rahmen der Literaturwoche, die täglich von 9 bis 18 Uhr bei freiem Zutritt geöffnet ist, gibt es neben einem Überblick über die aktuellen Kinder- und Jugendbücher auch Lesungen, Ausstellungen und Mitmach-Aktionen. Die Jugendliteraturwoche wurde in Vertretung von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA vom Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Nationalratsabgeordneten Hans MATZENAUER eröffnet. #

Im Rahmen der Eröffnung wurden auch die Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien vergeben, die an Erwin MOSER für das Kleinkinderbuch "Eisbär, Erdbär, Mausbär" (Annette Betz-Verlag), an Dr. Helmut und Hilde LEITER für das Kinderbuch "Das Buch vom Winter" (Verlag Jugend & Volk) und an Winfried OPGENOORTH für die Illustration des Kinderbuches "Christoph will ein Fest" gingen. Weiters wurde eine Reihe von Ehrendiplomen vergeben.

Zwtl.: Lesungen prominenter Autoren

Im Rahmen der Jugendliteraturwoche lesen prominente Kinderbuchautoren wie Ernst A. EKKER, Wolf HARRANTH, Friedl HOFBAUER, Christine NÖSTLINGER und Franz Sales SKLENITZKA aus eigenen Werken. Der Märchenerzähler Folke TEGETHOFF erzählt seine Geschichten und Erich SCHLEYER präsentiert sein Kinderprogramm "Aber die Geschichte ist leider nicht von hier". Bilderbuchfilme, eine Elternberatung, Musizieren und Spielen nach Kinderbüchern und die ORF-Hörspielboutique ergänzen das Programmangebot. Unter den Ausstellungen sind "Die Märchen der Gebrüder Grimm" und "Jugendbuch und Drittes Reich" besonders zu erwähnen. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

=++++

5 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat Freitag unter dem Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen.

Zwtl.: Wiener Veranstaltungsgesetz

StR. MRKVICKA (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Wiener Veranstaltungsgesetz, durch die die Zahl der Automatenspielhallen im Böhmisches Prater und im Volksprater limitiert werden soll.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen

Zwtl.: Wiener Jugendschutzgesetz 1985

StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) beantragte ein neues Wiener Jugendschutzgesetz. Es sei in Zusammenarbeit mit Jugendschutzverbänden entstanden. Der Schutz der Wiener Jugendlichen stehe im Vordergrund, und es diene der Unterstützung der für die Erziehung Verantwortlichen.

Landtagsabgeordneter Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) begrüßte das Gesetz, verlangte jedoch eine stärkere Überwachung der nun liberalisierten Bestimmungen. Zu wenig Beachtung werde der steigenden Gefährdung der Jugendlichen durch Sekten gewidmet.

Landtagsabgeordneter PROCHASKA (ÖVP) BEANTRAGTE eine umfassende Information der Betroffenen durch eine Broschüre, weiters die Berücksichtigung der "religiösen" Entwicklung der Jugendlichen und die Kennzeichnung jugendgefährdender Spielautomaten. Überdies verlangte er, es müsse nun als nächster Schritt ein Jugend- und ein Familienförderungsgesetz beschlossen werden.

Landtagsabgeordneter FAYMANN (SPÖ) vertrat die Ansicht, die Religionsausübung sei bereits durch andere gesetzliche Bestimmungen ausreichend geschützt. Er unterstrich, daß jene, die in Gewinnabsicht gegen das Gesetz verstoßen und älter als 18 Jahre sind, deutlich härter bestraft werden als in Fällen ohne Gewinnabsicht.
(Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Wiener Jugendschutzgesetz 1985

=++++

6 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) In ihrem SCHLUSSWORT sagte StR. SMEJKAL zu, es werde Gespräche über eine verstärkte Überwachung der Einhaltung dieser Bestimmungen geben. Die Kennzeichnung der Spielautomaten sei zu überlegen. Unter dem Wort "religiös" könnte auch anderes als die Berücksichtigung der anerkannten Religionsgemeinschaften verstanden werden.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag (Aufnahme des Wortes "religiös") blieb mit den Stimmen der ÖVP in der Minderheit. Die beiden anderen Anträge wurden zugewiesen, das Gesetz selbst einstimmig beschlossen. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (3)

Utl.: Abänderung der Geschäftsordnung

=++++

8 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Labg. Mag. ZIMA (SPÖ) stellte einen ANTRAG, der die Abänderung der Geschäftsordnung des Landtages betrifft. Die Protokolle sollen in Zukunft auch mit Hilfe von Tonbandaufzeichnungen verfaßt werden können, da nicht mehr genügend Stenografen zur Verfügung stehen. Weiters enthält der Antrag klare Regelungen für die Protokollierung der nicht öffentlichen Sitzungen. Mag. Zima schloß mit dem Dank an die Mitarbeiter des Stenografenbüros für die geleistete Arbeit.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (4)

Utl.: Wiener Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz

=++++

9 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte die Novellierung des Wiener Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes 1978. Diese Novelle wurde durch die Neufassung des entsprechenden Bundesgesetzes notwendig, in dem das Dienstrecht der Landeslehrer materiell umfassend neu geregelt wurde, da die Gesetzgebung und die Vollziehung hinsichtlich der Behördenzuständigkeit zur Ausübung der Diensthoheit der Landeslehrer Landessache ist.

Labg. Dr. Eva PETRIK sprach sich in diesem Zusammenhang gegen Schulversuche aus, die aufgrund materieller Gegebenheiten kaum die Möglichkeit haben, in das Regelschulwesen überzugehen. Das bedeute auch eine Chancenungleichheit für den Unterricht. Insbesondere wandte sich Petrik gegen den Schulversuch Mittelschule, der einen Gesamtschultyp präjudiziere. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (5)

Utl.: Wiener Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz

=++++

10 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Die Schule müsse im Rahmen der Schulversuche, den Wandel von der Quantität des Wissens zur Qualität vorbereiten und nachvollziehen, erklärte LABg. Ing. HUBER (SPÖ). Die Zukunft könne nur mit Hilfe einer guten Schulausbildung, die das kreative Potential ebenso wie das Leistungspotential besser ausschöpfe, bewältigt werden.

Die öVP, erklärte LABg. HELMER (öVP), kritisiere die Unterwanderung der "Neuen Hauptschule" durch den Schulversuch "Mittelschule". Er weise darauf hin, daß Landeshauptmann ZILK als Unterrichtsminister sich gegen das Wuchern von Schulversuchen ausgesprochen habe.

Das Elterninteresse am Schulversuch "Mittelschule" sei außerordentlich groß, entgegnete LABg. Margarete DUMSER (SPÖ), weil dieser ein wichtiger Schritt zur inneren Schulreform sei.

Die öVP sei keine Reformbremse, sagte LABg. Dr. PETRIK (öVP), doch könne man nicht auf Schulfragen ausschließlich mit organisatorischen Umstellungen, wie dies im angesprochenen Schulversuch geschehe, reagieren. Die Schule sei kein Vehikel zur Gesellschaftsveränderung, sondern müsse auf Begabung und Leistungsfähigkeit der Schüler Bedacht nehmen. Darüber hinaus führe er die Anmeldungszahlen zum Schulversuch "Mittelschule" auf das legitime Elterninteresse an der ganztägigen Betreuung von Kindern zurück.

Die Schule, erklärte Landeshauptmann Dr. ZILK, müsse vorausdenken und Geist und Gedanken investieren. Er bekenne sich zu Schulversuchen insoferne, als die "Neue Hauptschule" in ihrer Konstruktion ja auch auf dem Ergebnis eines Schulversuchs (integrierte Gesamtschule) basiere. Die Schule müsse nicht nur unterschiedliche Begabungen, sondern auch die Entwicklung dieser Fähigkeit fördern.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) jel/bs

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Aufhebung des Abgabengesetzes für leerstehende Wohnungen

=++++

12 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) beantragte ein Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 30. Juni 1982 über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen mit 1. Jänner 1983 rückwirkend außer Kraft gesetzt wird. Alle auf Grund dieses Gesetzes geleisteten Zahlungen und sonstige Guthaben werden von Amts wegen nach der Kundmachung des Gesetzes, also frühestens in fünf Wochen, zurückerstattet.

Landtagsabgeordneter Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß sich das Gesetz über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen als fiskalisch uninteressant erwiesen habe und in keiner Relation zum Verwaltungsaufwand gestanden ist. Die politische Zielsetzung, einen Teil der rund 100.000 leerstehenden Wohnungen auf den Markt zu bringen, konnte nicht erreicht werden.

Landtagsabgeordneter Dr. PETRIK (ÖVP) stellte fest, daß es zwischen den Parteien die grundsätzliche Willensübereinstimmung gegeben habe, die Wohnungsprobleme unserer Stadt in den Griff zu bekommen. Von seiner Fraktion sei jedoch von Anfang an darauf hingewiesen worden, daß eine Abgabe auf unvermietete Wohnungen der falsche Weg sei. Es sei selbstverständlich, daß die Abgaben zurückgezahlt werden. Die betroffenen Bürger werden jedoch nicht einsehen können, daß die eingehobenen Strafen in Höhe von 72.000 Schilling nicht zurückgezahlt werden.

Daß durch das Gesetz auf leerstehende Wohnungen die Wohnungsspekulation nicht beseitigt werden konnte, werde von seiner Fraktion nicht wegdiskutiert, erklärte Landtagsabgeordneter KNEIDINGER (SPÖ). Seine Fraktion habe jedoch den Mut, Entscheidungen, die sich in der Praxis als falsch erweisen, zurückzunehmen.

Durch die kürzlich beschlossenen Wohnbauverordnungen werde jedoch die Revitalisierung desolater Wohnungen und Althäuser forciert. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Aufhebung des Abgabengesetzes für leerstehende Wohnungen

=++++

13 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) StR. FÜRST (ÖVP) erklärte, daß das dringliche Wohnungsproblem in Wien noch nicht gelöst sei. In der Neuordnung der Wohnungspolitik mit der Zielrichtung Stadterneuerung sehe er einen ersten Schritt zur Bewältigung der Wohnungsprobleme. Das heute diskutierte Gesetz war verfassungswidrig. Es habe nicht nur nicht den gewünschten Erfolg gebracht, sondern obendrein die Stadterneuerung behindert. Die Rückzahlung der Abgaben sei ein Akt der Steuergerechtigkeit. Fürst forderte jedoch auch einen Akt der Strafgerechtigkeit, weshalb auch Wege gefunden werden sollen, die Strafen aus diesem Gesetz zurückzuzahlen.

Bei der Beurteilung des Gesetzes sei man von dem Irrtum ausgegangen, daß dadurch jene Wohnungen erfaßt werden könnten, die zwar vermietet werden sollen, aber auf Grund ihrer schlechten Ausstattung schwer vermietet werden können. In vielen Fällen habe sich jedoch gezeigt, daß es viele private Hausherren gewinnbringender finden, Häuser verfallen zu lassen, als zu vermieten, stellte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR in seinem Schlußwort fest.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

(Schluß) lei/bs

--- Ende des Sitzungsberichtes Landtag ---

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates begann unter dem Vorsitz von GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) mit einer Fragestunde

In der ERSTEN ANFRAGE von GR Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wurde der Bürgermeister gefragt, ob bei der Erstellung eines Museumskonzeptes für den Messepalast das Einvernehmen mit der Stadt Wien hergestellt wurde. Außerdem rate Pawkowicz an, von seiten der Stadt Wien einen Wettbewerb auszuschreiben und die Ergebnisse dem Bund zu präsentieren. Bürgermeister Dr. ZILK (SPÖ) erklärte, daß die Stadt Wien mit der Vergabe der in den letzten Wochen diskutierten zwei Museumskonzepte nichts zu tun gehabt hat. Er halte es auch nicht für sinnvoll, für Objekte, die nicht der Stadt Wien gehören, Ideenwettbewerbe durchzuführen. Die Gespräche in der letzten Zeit haben gezeigt, daß es im Fall Messepalast zu einer guten Zusammenarbeit zwischen Bund und Stadt Wien kommen wird.

GR Mag. KAUER (ÖVP) fragte in der ZWEITEN ANFRAGE, ob der Bürgermeister für eine eventuelle Verbauung der Grünfläche vor der Albertina einen städtebaulichen Ideenwettbewerb veranlassen wolle. Bürgermeister Dr. ZILK betonte, daß es einen ersten Vorschlag des Architekten Hufnagel gebe, und daß nun die Professoren Holzbauer und Peichl eine Vorstudie über eine mögliche städtebauliche Gestaltung des Albertinaplatzes durchführen. Diese Arbeiten werden die Grundlage für eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit sein, man kann derzeit auch einen späteren Wettbewerb nicht ausschließen. Es sind noch alle Entscheidungen offen, erklärte Zilk. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. CZERNY (ÖVP) nach den Plänen für die Revitalisierung des Messepalastes, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, daß der Bund in dieser Angelegenheit federführend, die Stadt Wien jedoch als Mehrheitseigentümer der Wiener Messe AG, die einen unkündbaren Mietvertrag besitzt, an der Entscheidungsfindung beteiligt ist. Die in Arbeit befindliche Strukturanalyse ist derzeit zur Hälfte fertig. Es bestehen auch Überlegungen für entsprechende Fußwegeverbindungen zwischen dem Neubau und der Inneren Stadt. Sicher ist, daß der Messepalast ein multifunktionales Ganzes im Sinne des Fremdenverkehrs werden wird.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), ob eine Lösung in der Frage der Erhaltung der Grünfläche in der Andreasgasse nicht vor den Baumfällungen möglich gewesen wäre, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, daß er von der Angelegenheit erst durch die Zeitung erfahren habe und nicht, wie es dessen Pflicht gewesen wäre, vom Bezirksvorsteher. Dieser habe den Bauherrn selbst zur Errichtung der Garage animiert, und er habe auch dem Projekt selbst zugestimmt. Er nehme an, sagte Zilk, daß die Ersatzpflanzungen für die gefälltten Bäume auf demselben Grundstück vorgenommen werden, weil ja hier ein Park entstehen soll. Die Stadt Wien werde nun für die Kosten des Grundstücks aufkommen, die Bürger hätten sich bereit erklärt, die Gestaltung und Pflege des Parks zu übernehmen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

16 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. SCHMIDTMEIER (SPö), welche Aktivitäten die Streetworker in der Fußballfan-Szene setzen, sagte StR. Ingrid SMEJKAL, daß sich die Streetworker bereits seit Jahren mit den Fanklubs befassen. Zu den Bemühungen der Streetworker zähle derzeit auch das Entgegenwirken gegen aktuelle faschistische Tendenzen. Auch in der Drogenszene gelinge es den Streetworkern durch ihre unbürokratische Arbeit, Erfolge zu erzielen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE VON GR. BROSCHE (SPö), wie sich die Tätigkeit der vor rund einem Jahr installierten Wohnungskommissionen entwickelt habe, sagte StR. HOFMANN (SPö), daß diese bürgernahe und unbürokratische Einrichtung regen Zuspruch der Bevölkerung habe. Neben Fragen der Wohnraumbeschaffung gebe es auch Anfragen bezüglich der städtischen Wohnhausverwaltung und bezüglich Reparaturen an Wohnungen und Häusern zu beantworten und zu lösen. Die meisten Beschlüsse der Wohnungskommissionen werden einstimmig gefaßt, die Organisationsform werde den Bedürfnissen angepaßt. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

17 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Im Jahre 1985 werden in 389 städtischen Wohnhausanlagen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, beantwortete StR Ing. Fritz HOFMANN die SIEBENTE ANFRAGE von GR HONAY (SPö). Die Investitionsmittel, die dafür vorgesehen sind, betragen 846 Millionen Schilling. Der Nachholbedarf bei Instandsetzungsarbeiten sei so groß, daß eine Ausweitung der Kontrahententätigkeit sowie eine höhere Beteiligung an den Ausschreibungen wünschenswert sei. Gespräche, um mehr Information an die Gewerbebetriebe geben zu können, sind bereits geführt worden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR WIMMER (SPö), welche Probleme es in den städtischen Wohnhausanlagen bei der Verrechnung nach wirtschaftlichen Einheiten laut Mietrechtsgesetz gebe, sagte Stadtrat Hofmann, daß es solche nicht gibt. Kosten, die mehrere wirtschaftliche Einheiten betreffen, würden anteilig aufgeschlüsselt. Für die Abrechnung des Jahres 1984 im Juni 1985 kündigte Hofmann eine verstärkte Information der Mieter an. (Forts.) je/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

18 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. FREITAG (SPÖ), welche Initiativen die Stadt Wien setzt, um das übliche Wiener Konzertprogramm rund ums Jahr zu bereichern, sagte StR. MRKVICKA (SPÖ), daß alleine beim Wiener Musiksommer rund 200 Konzerte angeboten werden. Dazu kommen verschiedene weitere Veranstaltungen und Zyklen wie die Haydn-Tage, das Wiener Bach-Fest in der Augustinerkirche, das Alban-Berg-Fest im Herbst, Advent in Wien usw.

In der ZEHNTEN ANFRAGE wollte GR. ARTHOLD (ÖVP) wissen, in welcher Form die Überdachung des Wiener Praterstadions erfolgen wird. StR. MRKVICKA erklärte, daß nach Prüfung der Angebote der VOEST-Variante einer Vollüberdachung des Stadions der Vorzug zu geben sei. Die Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Wien über die Sanierung des Praterstadions müsse abgeändert und ergänzt werden, da dieser Vertrag von einer teilweisen Überdachung ausgegangen sei. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Flächenwidmung Hietzing

=++++

19 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) GR OBLASSER (SPÖ) beantragte eine neue Flächenwidmung für das Erholungs- und Siedlungsgebiet entlang der Lainzer Tiergartenmauer. Ziel der neuen Widmung ist, so Oblasser, die Erhaltung des hochwertigen Siedlungs- und Erholungsgebietes.

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) begrüßte, daß durch den Protest der Bürger der Bau eines Betriebs- und Kantinengebäudes auf der Sportanlage im Hörndlwald verhindert wurde. GR Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP) warf der FPÖ vor, etwas schützen zu wollen, was gar nicht in Gefahr war. Die Bezirksvertretung wollte ursprünglich nur, daß der schöne Sportplatz im Hörndlwald auch Sanitäreinrichtungen und Umkleidemöglichkeiten bekomme. GR ROSENBERGER (SPÖ) betonte, daß nur durch die vernünftige Haltung des ASKÖ und von Bezirksvorsteher-Stellvertreter Gutmannsbauer die nun gefundene Lösung erreicht werden konnte. Sie hat allerdings einen Schönheitsfehler: Man verzichtet weiter auf sanitäre Einrichtungen und auf Umkleidemöglichkeiten.

ABSTIMMUNG: Der Flächenwidmungsplan wurde einstimmig angenommen. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Flächenwidmungsplan Landstraße (Schwechater Hof)

=++++

20 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte einen neuen Flächenwidmungsplan für ein Gebiet im 3. Bezirk, zu dem auch das Areal des ehemaligen Schwechater Hofes gehört.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) stellte fest, daß es zwar grundsätzlich Einigkeit zwischen den Fraktionen über den neuen Flächenwidmungsplan gebe, allerdings mit Ausnahme des Areals des Schwechater Hofes, dessen Innenfläche im Dienste des Kleinklimas gärtnerisch ausgestaltet werden sollte. Goller verwies auf Zweifel der Arbeiterkammer und des Fachbeirates für Stadtplanung an der positiven Auswirkung der Bebauung.

GR. SEVCIK (SPÖ) betonte, daß die Attraktivität der Landstraße abgenommen habe und ein neues Einkaufszentrum im Einzugsbereich der U-Bahn positive Auswirkungen hätte. Der Neubau soll niedriger als die Umgebung und zusätzlich treppenartig abgestuft errichtet werden. Zusätzlich werden die flachen Dachflächen gärtnerisch ausgestaltet.

In seinem SCHLUSSWORT erläuterte GR. OBLASSER, daß der Neubau im Sinne des Stadtentwicklungsplanes an einer Achse des leistungsfähigen öffentlichen Verkehrs errichtet werde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.)

and/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Flächenwidmung Kaisermühlen

=++++

21 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) GR Dr. SWOBODA (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wagramer Straße, Kaiserwasser, Alte Donau und Am Kaisermühlendamm im 22. Bezirk.

GR DALLER (ÖVP) wandte ein, daß die bestehende Kleingartenanlage in diesem Gebiet durch den Flächenwidmungsplan nicht abgesichert werde. Insbesondere sprach sich Daller jedoch gegen die Verlegung der Volksschule Schüttauplatz 18 in den Schulbau Schüttaustraße 42 aus. Diese Maßnahme sei auch durch die vorherzusehende Bevölkerungsentwicklung nicht zu begründen.

GR OBLASSER (SPÖ) sagte, daß mit der Stadtteilplanung in Kaisermühlen den Bevölkerungswünschen entsprochen werde. Die widmungsmäßige Absicherung der Kleingärten werde noch geprüft. Die Absiedlung der Schule Schüttauplatz sei durch die sinkende Schülerzahl in diesem Gebiet begründet und auch, wegen der besseren pädagogischen Möglichkeiten für die Schüler dieses Bereiches an einer größeren Schule, eine optimale Lösung.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Altstadterhaltung
=++++

22 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) GR BROSCHE (SPÖ) beantragte einen Förderungsbeitrag von rund 4,4 Mio. Schilling für Altstadterhaltungsprojekte in den Bezirken 1, 2, 3, 5, 12, 19 und 21.

Er beantrage, erklärte Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), eine getrennte Abstimmung. Er begründe dies mit der hohen Subventionssumme von 3,7 Mio. Schilling für das Haus Kohlmarkt 14, in dem sich die Firma Demel Ges.m.b.H. befindet.

GR Dr. GOLLER (ÖVP) schloß sich in seinem Debattenbeitrag der Forderung nach getrennter Abstimmung an. Er frage sich, wieso ein bereits 1977 beschlossener Förderungsbeitrag von 600.000 Schilling erst im Juni 1984 in Anspruch genommen worden sei. Darüber hinaus weise er auf die hypothekarische Belastung dieser Liegenschaft hin. Die Gefahr des Verkaufes dieses an und für sich subventionswürdigen Privathauses sei mit der Instandsetzung erst recht gegeben.

Die wertvolle Bausubstanz des Hauses Kohlmarkt 14 müsse erhalten bleiben, erklärte GR STRANGL (SPÖ). Darüber hinaus weise er darauf hin, daß der Förderungsantrag ursprünglich rund 5,6 Mio. Schilling betragen habe. Die nun zu beschließende Subvention sei vom Beirat des Altstadterhaltungsfonds einstimmig empfohlen worden.

Es handle sich bei dem Förderungsbeitrag, erklärte StR MRKVICKA (SPÖ) um eine Subventionierung zur Renovierung des Erdgeschoßes und des ersten Stockes. Die Subvention werde korrekt in Teilbeträgen entsprechend dem Arbeitsfortgang der Renovierung angewiesen werden.

Nicht das Haus, sondern der Eigentümer erhalte in diesem Fall die Millionen, erklärte GR Ing. WORM (ÖVP). Er weise auf die Gefahr der Subventionierung einer Briefkastenfirma hin.

Dieser Zuschuß werde für eine entsprechende Renovierung des Hauses und des Interieurs gegeben. Eine maßgebliche Eigenleistung des Eigentümers sei damit verbunden, erklärte StR. MRKVICKA in einer zweiten Wortmeldung.

ABSTIMMUNG: Der Förderungsantrag betreffend das Haus Kohlmarkt 14 wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen, der Rest einstimmig.
(Forts.) je/bs

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wiener Fremdenverkehrskreditaktion

=++++

23 Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Gesamtkreditrahmens im Rahmen der Wiener Fremdenverkehrskreditaktion von 180 Millionen auf 230 Millionen. Gleichzeitig sollen die Kreditbedingungen geändert werden.

GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) begrüßte die gemeinsame Fremdenverkehrsförderungsaktion der Gemeinde Wien und der Handelskammer, da der Fremdenverkehr eine der wichtigsten Stützen der Wiener Wirtschaft ist. Obwohl es gerade für diese Branche eine sehr erfreuliche Entwicklung gibt, sind viele Betriebe von Insolvenz bedroht. Nicht zuletzt werden die Wiener Wirtschaftstreibenden durch die hohe Steuerbelastung und durch die Bürokratie benachteiligt. Weitere Probleme sind durch den Bau des Wiener Konferenzentrums zu erwarten. Die Verluste werden in den ersten Jahren sicherlich über hundert Millionen Schilling betragen. Maier reklamierte ein Konzept für die optimale Führung des Konferenzentrums.

GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) erklärte, daß durch das Konferenzzentrum zusätzliche Impulse für den Wiener Fremdenverkehr zu erwarten sind, da Konferenztouristen bekanntlich wesentlich mehr Geld ausgeben.

Um die gegenseitige Konkurrenz zwischen Stadthalle, Konferenzzentrum, Hofburg und privaten Veranstaltern zugunsten einer kooperativen Zusammenarbeit hintanzuhalten, wurden bereits Koordinationsgespräche zwischen allen Beteiligten geführt, erklärte Vizebürgermeister MAYR. Eine gezielt eingesetzte Werbung werde zusätzlich dafür Sorge tragen, daß für die Wiener Wirtschaft weiter gute Ergebnisse erzielt werden können.

Stadtrat NEUSSER (ÖVP) erklärte, daß der enorme Konkurrenzkampf und die hohe Steuerbelastung gerade in Wien den Wirtschaftstreibenden zusätzliche Belastungen bringen.

ABSTIMMUNG: EINSTIMMIG ANGENOMMEN.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates schloß um 18.25 Uhr.

(Schluß) lei/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---